

II-9508 der Beilagen zu den Stenografischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4679/W

1993-04-22

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Haller, Dolinschek
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Umsetzung des Bundespflegegeldgesetzes

Für die rasche Umsetzung des Bundespflegegeldgesetzes wurde dem Bund nach einigen Zeitungsmeldungen von den Ländern, die bisher selbst Pflegegelder ausbezahlt haben, die Übergabe der Einstufungsunterlagen angeboten. Diese auf den ersten Blick positive Maßnahme birgt die enorme Gefahr in sich, daß die Einstufung auch vom Bund ebenso wie bisher vom Land erfolgen könnte und damit wegen des fehlenden Rechtsanspruches gerade die schwerer behinderten Menschen vor 1997 keine Verbesserung ihrer Situation zu erwarten haben.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

Anfrage:

1. Wie werden Sie sicherstellen, daß trotz Übernahme der Einstufungsunterlagen von den Ländern das Pflegegeld anhand des Bundespflegegeldgesetzes in jedem Fall neu bemessen wird und nicht die (z.T. ungünstigere) Einstufung der Länder übernommen wird?
2. Wann wurde die Vereinbarung nach Art. 15 a B-VG von den einzelnen Ländern unterschrieben und warum hat sich dies jeweils so lange hinausgezögert?